



WELCOME2BW **Newsletter für Engagierte 3/19**

Liebe Engagierte in der Flüchtlingsarbeit,

Sie erhalten heute den neuen Newsletter des Projektes „**Welcome2BW**“ mit Informationen, die für Sie als Engagierte in der Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg nützlich sind sowie Hinweise auf relevante Materialien, Veröffentlichungen und Veranstaltungen.

Gerne dürfen Sie diesen Newsletter an Kolleg*innen und andere Interessierte weiterleiten.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen!

Inhalt:

<u>1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg</u>	S. 2
<u>2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer</u>	S. 3
<u>3. Rechtsprechung</u>	S. 5
<u>4. Materialien und Veröffentlichungen</u>	S. 5
<u>5. Veranstaltungshinweise</u>	S. 6
<u>6. Stellenausschreibung</u>	S. 7
<u>7. Impressum</u>	S. 8

1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg

Fälle gesucht

Gambia-Helfernetz dokumentiert Fälle von Abschiebungen

Das Gambia-Helfernetz dokumentiert zukünftig Fälle von Personen, die aus Baden-Württemberg abgeschoben wurden bzw. abgeschoben werden sollten. Besonderes Interesse liegt auf Personen, die in Arbeit bzw. Ausbildung waren.

[Weiterlesen ...](#)

EU-Staaten müssen Flüchtlingsschutz respektieren

Iranisch-Kurdischer Regimekritiker aus Lörrach trotz Flüchtlingsanerkennung in Polen festgenommen

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg fordert die sofortige Freilassung des iranisch-kurdischen Regimekritikers, der vergangene Woche aufgrund eines „Red Notice“ des iranischen Regimes am Flughafen Warschau festgenommen wurde. Der in Lörrach wohnhafte Mann, der im Iran aufgrund seiner politischen Aktivitäten verfolgt und in Deutschland als Flüchtling anerkannt wurde, war gerade unterwegs in die georgische Hauptstadt Tiflis, um seine zweieinhalbjährige Tochter in Empfang zu nehmen. Sie sollte zu ihren Eltern nach Deutschland nachziehen und war von der Großmutter nach Tiflis gebracht worden.

[Weiterlesen ...](#)

Erfahrungsbericht zur Gambia-Abschiebung vom 25. Februar

Am 25. Februar wurden vom Frankfurter Flughafen aus 20 Personen nach Gambia abgeschoben. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg hat sich bereits dazu [geäußert](#). Nun erreichte uns der Bericht einer Person, die die Ankunft des Abschiebungsfluges vor Ort mitverfolgt hat. Wir veröffentlichen im Folgenden den Bericht dieser Person.

[Weiterlesen ...](#)

Spendenaufruf für Familie Qallaku

Gut integrierte Familie musste zurück in den Kosovo

Engagierte aus Stuttgart bitten um Spenden für die Familie Qallaku, die kürzlich in den Kosovo zurückkehren musste. Der Familienvater wurde am 17. Januar abgeschoben. Die Mutter und die Kinder reisen am 1. März "freiwillig" aus. Die Familie war gut integriert, der in Stuttgart aufgewachsene Vater arbeitete als Koch. Auf verschiedener Weise brachte er sich in der Arbeit mit Geflüchteten ein, vor allem als Dolmetscher - unter anderem für den Flüchtlingsrat.

- [Weitere Informationen zu Spendenaufruf](#)

Sofortiges Rückkehr- und Bleiberecht für die Familie K./N

Am Tag der Menschenrechte, am 10.12.2018 wurde die fünfköpfige Familie K./N. nach Albanien abgeschoben. Der elfjährige Sohn wurde von der Polizei aus der Schule rausgeholt, seine sechsjährige Schwester aus einem Kinderhaus in Mannheim-Neckarstadt.

Besonders der Junge wurde durch diese herzlose Abschiebung vor Weihnachten offensichtlich traumatisiert. Er weinte und zitterte am ganzen Körper. Der Mannheimer Morgen berichtete, dass der Junge unter Tränen von der Polizei abgeführt wurde und dass zwei Lehrer mehrere Tage damit beschäftigt waren, die Mitschüler*innen zu beruhigen. Seine Mutter schrieb vor Kurzem dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg (BA-Wü), ihr Sohn könne immer noch nicht schlafen.

[Weiterlesen ...](#)

2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer

"Wir stellen uns gegen die Orbanisierung!"

Gemeinsame Presseerklärung der Landesflüchtlingsräte zur Kampagne von BMI, BAMF und CDU/CSU-Fraktion gegen die Flüchtlingsräte

Die Landesflüchtlingsräte weisen alle Versuche mit Nachdruck zurück, ihre Menschenrechtsarbeit zu kriminalisieren. Die Arbeit der Flüchtlingsräte ruht in allen Bundesländern auf einer breiten Unterstützung durch Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Arbeitsmarktakteure, Teilen der Politik und zahllosen Bürgerinitiativen. Die von BAMF-Präsident Sommer und den Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Middelberg und Frei öffentlich erhobenen Unterstellungen angeblich rechtswidriger Aktivitäten und den Versuch ihrer Kriminalisierung per Gesetz weisen die Landesflüchtlingsräte entschieden zurück. Mit dieser Kampagne aus Unionskreisen werden einer Orbanisierung der Bundesrepublik Vorschub geleistet und bestehende Rückkehrisiken in Afghanistan banalisiert.

[Weiterlesen ...](#)

NRW plant Bleiberecht für integrierte geduldete Ausländer

NRW möchte nach Aussage von Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) ausreisepflichtigen Ausländern ermöglichen, nach fünf Jahren einen unbefristeten Aufenthaltsstatus zu erhalten. „Wer seit drei Jahren bei uns lebt, am Arbeitsmarkt Fuß gefasst hat, unsere Sprache lernt und straffrei geblieben ist, soll einen Aufenthaltsstatus auf Probe erhalten, der nach zwei weiteren Jahren in einen unbefristeten Aufenthaltsstatus münden könnte und die Einbürgerung ermöglicht. Es sei menschlich nicht in Ordnung und volkswirtschaftlich falsch, Menschen, die sehr gut integriert sind, weiter im Schwebestadium zu halten oder abzuschieben“, so Stamp zur Begründung.

In NRW leben 71133 ausreisepflichtige Ausländer, davon 55746 mit einer Duldung.

- KSTA, 06.03.2019, [Nach fünf Jahren Duldung NRW gibt mehr Ausländern ein Bleiberecht](#)

Auswärtiges Amt dementiert Angaben der Gambischen Regierung

"EU und Gambia haben Vereinbarung zu Rückführungen - Nächste Sammelabschiebung verschoben, aber kein genereller Stopp

Die Abschiebungen von Deutschland nach Gambia sorgen in beiden Ländern für erhebliche Kontroversen. Ende vergangener Woche verbreitete sich eine Meldung, wonach die Gambische Regierung nach eigenen Angaben eine Vereinbarung mit dem Deutschen Botschafter getroffen habe, die Abschiebungen bis auf Weiteres auszusetzen. Des Weiteren bestritt die Gambische Regierung jegliche Mitwirkung bei den Abschiebungen und jede Vereinbarung mit Deutschland oder der EU bezüglich Rückführungen. Eine Stellungnahme des Auswärtigen Amtes stellt die Sache anders dar. (English translation follows German)

[Weiterlesen ...](#)

Asylbewerberleistungen anpassen!

Nach § 3 Abs. 4 AsylbLG sind Grundleistungen jedes Jahr zum 01. Januar anzupassen. Da die letzte Erhöhung über drei Jahre her ist, sind die Vorschläge von Bundesarbeitsminister Heil, noch dazu für 2020, überfällig. Kritik daran gibt es aus der Unionsfraktion als "falsches Signal in die Herkunftsländer". PRO Asyl weist darauf hin, dass "Menschenwürde migrationspolitisch nicht zu relativieren sei". Einzelne Sozialgerichte haben

klagende Asylbewerber den entsprechenden Bedarf zugesprochen.

- Süddeutsche Zeitung, 10.03.2019, [Leistungen für Asylbewerber sollen angepasst werden](#)
- Pro Asyl, 13.03.2019, [Erhöhung der Asylbewerberleistungen: Die Regierung steht in der Pflicht](#)
- GGUA, 12.03.2019, [Leitfaden zur Wahrung der Rechtsansprüche](#)

Familiennachzug: Afghanische Angehörige müssen ins Ausland reisen

Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus dürfen seit August 2018 wieder Familienangehörige nach Deutschland holen. Da aber die deutsche Botschaft in Kabul weiterhin nicht voll arbeitsfähig ist, müssen Angehörige von afghanischen Flüchtlingen mit eingeschränktem Schutzstatus für ihre Visaanträge die gefährliche Reise ins pakistanische Islamabad oder ins indische Neu-Dehli antreten. Dies geht aus der Antwort des Auswärtigen Amtes auf Nachfrage der flüchtlingspolitischen Sprecherin der Grünen im Bundestag, Luise Amtsberg, hervor. Eine zentrale Bearbeitung der Anfragen beim Auswärtigen Amt in Berlin sei nicht möglich und nicht geplant.

- WELT, 20.02.2019, [Afghanen müssen für Antrag auf Familiennachzug nach Pakistan reisen](#)

IAB-Studie: Auswirkungen von langen Asylverfahren auf die Integration

Laut eines aktuellen IAB-Berichts beeinflusst der Stand des Asylverfahrens den Zugang zum deutschen Spracherwerb und Arbeitsmarkt und damit zur Integration in großem Maße. Durch langwierige Asylverfahren geraten vor allem Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern in einen rechtlichen und sozialen Schwebezustand. Sie leben oft in völliger Isolation und Zurückgezogenheit und haben mit einer erschwerten Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft zu kämpfen.

[Weiterlesen ...](#)

Gewalttätige Auseinandersetzungen in Gambia

Wie instabil die Lage in dem kleinen afrikanischen Land ist, zeigen Vorfälle, die sich am vergangenen Wochenende rund um die Küstenstadt Gunjur ereigneten. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Bewohnern der Orte Gunjur und Berending um Grundstücke vor Ort. Die von der Regierung eingesetzte Landkommission spielte nur eine unbedeutende Rolle. So fielen Schüsse, ein Mann starb, weitere Menschen wurden verletzt. Angeblich kamen die Waffen aus dem nicht weit entfernten Senegal. Militär und Polizei patrouillierten auch noch Tage später. Dass zusätzliche Abschiebungen von Flüchtlingen nach Gambia die Spannungen weiter eskalieren lassen können, ist offenbar.

- Gunjur News, 16.03.2019, [Murder in Gunjur, as land dispute festers](#)
- Foroyaa, 17.03.2019, [Gunjur/Berending Communal Clashes lead to one death](#)

40.000 Unterschriften gegen Rassismus und Flüchtlingsfeindlichkeit

Die Toten Hosen und Pro Asyl haben in dieser Woche eine Sammlung von 41501 Unterschriften gegen rassistische Stimmungsmache und für Flüchtlingsschutz an die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Claudia Roth, übergeben.

Die Unterzeichner der Aktion "Wir geben keine Ruhe - Gemeinsam gegen Rassismus" fordern:

- Aktives Eintreten der Politik gegen rassistische Stimmungsmache und Flüchtlingsfeindlichkeit
- Konsequente Aufklärung und Ahndung rassistisch motivierter Gewalt
- Bleiberecht für die Opfer rassistischer Attacken
- Keine Asylrechtsverschärfungen in Deutschland und Europa

Weitere Informationen [hier](#) .

3. Rechtsprechung

Nachzug zu volljährig gewordenem Flüchtling: OVG Berlin-Brandenburg verpflichtet zur Visumserteilung

Das für Fragen der Visumsverfahren alleine zuständige Gericht, das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, lehnt in einem weiteren Fall die Praxis des Auswärtigen Amtes, den Nachzug zu volljährig gewordenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) zu verweigern, ab. Es verweist erneut auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 12. April 2018 (EUGH Aktenzeichen C55016 C-550/16), wonach ein Drittstaatsangehöriger, der zum Zeitpunkt seiner Einreise in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats und der Stellung seines Asylantrags in diesem Staat unter 18 Jahre alt war, aber während des Asylverfahrens volljährig wird und dem später die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wird, als „Minderjähriger“ im Sinne des Art. 10 Abs. 3 Buchst. a der Richtlinie 2003/86 anzusehen ist.

- BumF, 12.03.2019, Nachzug zu volljährig gewordenem Flüchtling: OVG Berlin-Brandenburg verpflichtet zur Visumserteilung

4. Materialien und Veröffentlichungen

Gambia-Broschüre erscheint im April - Vorbestellungen möglich

Gambia nach der Diktatur - unter diesem Titel erscheint in Deutsch und Englisch in den nächsten Wochen die lang angekündigte Gambia-Broschüre. Neben der Geschichte des Landes werden unter anderem Themen aufgegriffen wie "Bürgerliche und politische Rechte in Gambia", "Das Gesundheitssystem", "Religion", "Gambische Frauen auf der Suche nach Stimme und Freiheit" und "LSBTTIQ" - jeweils im Wandel der Zeit. Die Autor*innen kommen selbst aus Gambia. Die Schutzgebühr beträgt 2,- €. Die Broschüre entstand im Rahmen des Projektes "Aktiv für Flüchtlinge" des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg, gefördert durch das Land Baden-Württemberg, das Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung (ZEB), die Evangelische Landeskirche in Baden und die Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Vorbestellungen können schon jetzt über den Online-Shop des Flüchtlingsrates entgegengenommen werden.

Arbeitshilfe Datenschutz

Eine praxisnahe Broschüre zum Datenschutz, insbesondere auch für ehrenamtliche Rechtsberatung, findet sich [hier](#).

Bundesweite Übersicht zu Beratungs- und Anlaufstellen

Eine bundesweite Übersicht zu Beratungs- und Anlaufstellen zu verschiedenen Bereichen wurde von dem Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V. erstellt. Die Übersicht umfasst Bereiche von LGBTIQ*-Beratungsstellen bis zu Schuldenberatung.

- [Übersicht](#)

Übersicht von Beratungsstellen und Anwält*innen in Europa

Immer wieder wird Beratung und Rechtshilfe benötigt, die über das eigene Land hinaus geht. Hier hilft der sogenannte ELENA-Index, der vom European Legal Network on Asylum (ELENA) zusammengestellt und vom European Council on Refugees and Exiles (ECRE) aktualisiert wird. Er enthält eine nach Ländern sortierte Übersicht von Kontakten zu Beratungsstellen und Anwält*innen für Geflüchtete in verschiedenen Staaten.

Bei den Ländern handelt es sich um die EU-Staaten sowie weitere, etwa die Türkei, Ukraine, Russland, Bosnien und Serbien.

- [ELENA-Index](#)

Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten - inländischer Prüfablauf

Zum Thema liegt jetzt eine [Präsentation](#) des Bundesverwaltungsamtes vor.

Integration und Identitätsbildung junger Geflüchteter in der Jugendhilfe

Der Bundesfachverband unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (BumF) weist auf einen Beitrag zu den Auswirkungen der Flucht gerade auf junge Geflüchtete hin. Neben der Sensibilisierung für die psychosozialen Bedürfnisse von geflüchteten Jugendlichen und jungen Volljährigen werden Handlungsansätze für die Praxis gegeben.

- BumF, 05.03.2019, [Fachbeitrag zur Identitätsbildung junger Geflüchteter in der Jugendhilfe](#)

Arbeitshilfe "Umgang mit Rassismus"

Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung hat zu diesem Thema, insbesondere für Jugendliche mit Fluchterfahrung, eine Unterlage mit weiterführenden Kontakten herausgegeben:

- Weitere Informationen [hier](#)

5. Veranstaltungshinweise

"Refugees (still) in orbit?!" - Tagung und Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Samstag, 13. April 2019, 09:30-17:00, Bügerräume West, Bebelstraße 22, 70193 Stuttgart

Am 13. April findet unsere nächste Tagung inkl. Mitgliederversammlung statt. Es erwartet Sie ein Hauptvortrag zur Situation in den griechischen Flüchtlingslagern sowie Arbeitsgruppen zu den Themen Aktuelle Gesetzesänderungen, Eritrea, Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen sowie Widerrufsverfahren. Am Nachmittag findet dann unsere Mitgliederversammlung statt, auf der u.a. die strategische Ausrichtung des Flüchtlingsrats in diesem Jahr besprochen wird und die Wahlen des Sprecherrats stattfinden. Unter Weiterlesen finden Sie das Veranstaltungsprogramm.

[Weiterlesen ...](#)

Ein Europa für Alle - Deine Stimme gegen Nationalismus!

Sonntag, 19. Mai 2019, 12 Uhr, Stuttgart, Arnulf-Klett-Platz

Eine Woche vor der Europawahl ruft ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, unter anderem auch PRO ASYL, zeitgleich zu Großdemonstrationen in Berlin, Frankfurt, Hamburg, Leipzig, Köln, München und Stuttgart auf. Für ein demokratisches, friedliches und solidarisches Europa - gegen Menschenverachtung und Rassismus, gegen Hass und Ressentiments gegen Flüchtlinge und Minderheiten! Weitere Informationen [hier](#)

- Pressemitteilung PRO ASYL, 14.03.2019, [Zivilgesellschaftliches Bündnis mobilisiert: »Ein Europa für Alle - Deine Stimme gegen Nationalismus!«](#)

Entwicklungszusammenarbeit - Engagement und Verantwortung der Zivilgesellschaft

Donnerstag 9. Mai – Samstag 11. Mai 2019, Tagungshaus Weingarten der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten

Die Sinnhaftigkeit der westlichen Entwicklungszusammenarbeit in ihrer jetzigen Ausrichtung wird vielfach in Frage gestellt. So werden etwa deren Grundsätze und der damit verbundene Wertekanon des Westens in Teilen der Welt offen abgelehnt. Sind also Ziele, Strukturen und Instrumente noch angemessen? Macht es noch Sinn, sich dafür zu engagieren? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Tagung der Stiftung Entwicklung-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) in Kooperation mit der Hochschule Esslingen. Weitere Informationen finden sich [hier](#).

Workshops für Alltagbegleiter*innen von Geflüchteten mit Suchterkrankung

Diverse, z.B. Donnerstag, 28.03.2019, ab 18 Uhr, Beratungsstelle Lagaya, 70182 Stuttgart, Katharinenstraße 22

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe zur Qualifizierung von Ehrenamtlichen informiert eine Mitarbeiterin von LAGAYA e.V. über das Stuttgarter Suchthilfesystem. Weitere Gespräche zu "Flucht und Suchtabhängigkeit" sowie "Trauma und Sucht" finden am 11.04. bzw. 23.05.2019 in Stuttgart statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldung bitte per Mail mit Titel der Veranstaltung an info.be-fluechtlinge@stuttgart.

- Weitere Informationen [hier](#)

Die „Liste der Auffälligen“ und die Anschlussunterkunft Europastraße

Am Freitag, 5. April, 19 Uhr im Gemeindesaal St. Michael, Hechinger Str. 45, Tübingen

Zu einer Veranstaltung zur „Liste der Auffälligen“ und zur Anschlussunterkunft Europastraße laden verschiedene Initiativen und Organisation in Tübingen ein. Dabei sollen die bisherigen Reaktionen auf den Fragenkatalog sowie Perspektiven für eine gute Integrationsarbeit in der AU Europastraße vorgestellt und diskutiert werden. Hierzu werden auch die Fraktionen des Gemeinderats eingeladen.

[Weiterlesen ...](#)

6. Stellenausschreibung

Stellenausschreibungen des Vereins für internationale Jugendarbeit e.V. in Stuttgart

Der Verein für internationale Jugendarbeit e.V. (vij) sucht in Stuttgart zum 1. Juni 2019 eine Beraterin mit Fremdsprachenkenntnis (am liebsten muttersprachlich Spanisch, gerne auch andere Sprachen, z.B. Rumänisch) für die Beratung von Migrantinnen für das Fraueninformationszentrum und außerdem eine Elternzeitvertretung für die Stelle der Bereichsleitung im Bereich Jugend (Mosaik).

Die Stellenausschreibungen finden Sie hier:

- [Stellenausschreibung Beraterin mit Fremdsprachenkenntnissen](#)
- [Stellenausschreibung Bereichsleitung im Bereich Jugend](#)

7. Impressum

Projekt „Welcome2BW“

Der Newsletter wird im Rahmen des Projektes „Welcome2BW“ herausgegeben. Das Kooperationsprojekt „Welcome2BW“ will dazu beitragen, Asylsuchenden das Ankommen in Baden-Württemberg zu erleichtern und die Aufnahmebedingungen für geflüchtete Menschen konkret zu verbessern. Dazu haben sich der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, die Diakonischen Werke Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Freiburg und Ortenau sowie die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg zu einem landesweiten Projektverbund zusammengeschlossen.

Unsere Angebote richten sich an Asylsuchende, an Flüchtlinge mit Bleiberecht sowie ehrenamtlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe. Dieser Newsletter richtet sich schwerpunktmäßig an Hauptamtliche der Flüchtlingsarbeit.

Projektlaufzeit: Juli 2018 - Juni 2020

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und von der UNO-Flüchtlingshilfe kofinanziert.

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Redaktionell verantwortlich: Seán McGinley, Stella Hofmann

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de